

Federf.: DKP-Ratsfraktion

Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Rat		08.02.2007	

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Vorschlag gem. § 7 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse

hier: Antrag der DKP-Ratsfraktion

- Einschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gemeinde -

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

das o.a. Thema bitten wir in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen.

Begründung:

Das NRW-Kabinett hat beschlossen, die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden zu Gunsten privater Unternehmen einzuschränken. Gemeinden sollen wirtschaftlich nur noch dann tätig werden dürfen, wenn „ein dringender öffentlicher Zweck dies erfordert und er durch private Unternehmen nicht ebenso wirtschaftlich erfüllt werden kann.“ Im Sommer 2007 soll diese Regelung Gesetz werden.

Diese gesetzliche Änderung wird auch in Gladbeck zu derzeit noch unübersehbaren Konsequenzen führen. Nach dem Motto „privat vor Staat“ wird die bisherige öffentliche Daseinsvorsorge weitgehend zerschlagen. Die wirtschaftlich profitablen Bereiche werden Privatunternehmen überlassen werden. Für die übrigen wird der Staat weiterhin zahlen müssen. Gewinne werden privatisiert, Verluste der Allgemeinheit überlassen.

Die bisherigen Möglichkeiten der Quersubventionierung (z.B. Stützung öffentlicher Bibliotheken durch erzielte Gewinne gemeindewirtschaftlicher Tätigkeiten) werden entfallen.

Das neue Gesetz wird der Wirtschaft Tür und Tor öffnen, weit in bislang öffentliche Bereiche (z.B. auch Schulen, Müllabfuhr, Grünflächenamt, Gesundheitsamt, Sportstätten) einzudringen.

Das öffentliche Gemeinwesen und die öffentliche Daseinsfürsorge werden auf einen Restbereich schrumpfen.

Mitzeichnungen				
Bürgermeister	Erster Beigeordneter:	Beigeordneter/ Stadtkämmerer:	Beigeordneter/ Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

Dabei ist keineswegs sicher, dass Private besser wirtschaften. Die Entwicklung im Energiesektor, der inzwischen weitgehend privatisiert wurde, ist mahnendes Beispiel. Dort haben die Privatmonopole die Preise zu Lasten der Bürger und der Unternehmen hemmungslos in die Höhe getrieben.

Die DKP-Ratsfraktion wird deshalb folgende Resolution zur Abstimmung stellen:

Der Rat der Stadt Gladbeck fordert die NRW-Landesregierung auf, die wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden zu erhalten und nicht zu Gunsten privater Unternehmen einzuschränken. Die Landesregierung wird aufgefordert die geplante Gesetzesänderung insoweit zurückzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Dorka
DKP-Fraktionsvorsitzender

In der Sitzung des

_____-Ausschusses

Rates

Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: